

Antrag G2: Thüringer Kommunen mit Zukunft für alle: demokratisch, vielfältig und lebendig

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Alltag der Menschen findet dort statt, wo sie leben, wohnen, arbeiten und
- 2 gesellschaftlich verankert sind: vor Ort in den Städten und Dörfern. Hier wird es
- 3 konkret und hier sehen sie, ob Straßen befahrbar und Bibliotheken geöffnet sind.
- 4 Lebensqualität ist, wenn der Stadtpark oder der Stadtwald gepflegt werden und
- 5 Erholung vor der Haustür möglich ist. Sicherheit ist, wenn vor Ort der Einkauf
- 6 möglich und bezahlbar, die Gesundheit in den guten Händen der Ärztin und Bus oder
- 7 Bahn für alle erreichbar sind. Entscheidungen im Rathaus oder Landratsamt müssen
- 8 Einwohner:innen nachvollziehen können. Ob und welche öffentlichen Leistungen erbracht
- 9 werden und inwieweit diese Kosten auf die Einwohner:innen umzulegen sind, entscheiden
- 10 demokratisch gewählte Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage. Stimmen Transparenz und
- 11 Beteiligung in diesen Verfahren nicht, verlieren Entscheidungen an Akzeptanz. Hier
- 12 wird Demokratie konkret erfahrbar. Die Errungenschaften der gleichberechtigten
- 13 Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen müssen deshalb täglich verteidigt
- 14 werden. Zur lebendigen und akzeptierten Demokratie gehört es, die
- 15 Beteiligungsprozesse in den Kommunen immer wieder weiterzuentwickeln und auszubauen.
- 16 **Wir als LINKE streiten mit den Wahlen 2024 für demokratische Beteiligungskommunen.**
- 17 Wer in den Rathäusern und Landratsämtern letztlich entscheidet, macht dies mit einem
- 18 politischen Mandat. Unsere Mitglieder in den Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen
- 19 kandidieren auf Listen der Partei DIE LINKE und stehen somit zu den politischen
- 20 Werten unserer Partei. Sie treten an mit dem politischen Gestaltungsanspruch,
- 21 soziale, ökologische und lebendige Politik für die Menschen in ihrer Kommune zu
- 22 praktizieren. Gleiches gilt für (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen mit
- 23 Mandat der LINKEN. Sie sind keine neutralen Wesen in den Amtsstuben. Sie gestalten
- 24 vor Ort die Grundlage unseres Zusammenlebens. Und das bedeutet: **Kommunalpolitik ist**
- 25 **nicht unpolitisch!** Es geht nicht darum, „nur“ vermeintlich gute Sachpolitik jenseits
- 26 parteipolitischer Programmatik zu machen. Bereits im Dorf oder in der Stadt
- 27 entscheidet sich durch die politische Arbeit von Kommunalpolitiker:innen und allen,
- 28 die sich an den politischen Prozessen beteiligen, welches Menschenbild in der Kommune
- 29 gelebt wird. Wir wollen deshalb die Einwohner:innen einbeziehen und gemeinsam mit
- 30 ihnen über ihre und unsere Ideen zur Gestaltung ihrer Stadt oder ihres Dorfes
- 31 diskutieren. Es geht um einen gemeinsamen Austausch auf Augenhöhe. **Leiten lassen wir**
- 32 **uns dabei von der Idee „Gläsernes Rathaus“.**
- 33 Offenheit und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungswege und der Abwägungsgründe
- 34 setzen voraus, dass alle die unbeschränkte Möglichkeit haben, sich umfassend zu
- 35 informieren, um sich einbringen zu können. Das Rathaus ist der Ort der Gemeinschaft,
- 36 wo Entscheidungen getroffen werden, die im Alltag der Menschen ihre konkrete Wirkung
- 37 erfahren. Wie hoch die Kindergartengebühren sind oder ob neue Radwege angelegt

38 werden, wird hier entschieden. Es gibt kein öffentliches Gebäude, bei dem die
39 Einwohner:innen über mehr Zutrittsrechte verfügen. Die Rathäuser und Landratsämter
40 müssen deshalb ihr Wirken im Interesse der Einwohner:innen ausrichten. **Wir sagen**
41 **deutlich: Die Verwaltung ist für die Menschen da!**

42 Neben modernen Zugangsmöglichkeiten wie günstigen Öffnungszeiten, mobiler
43 Erreichbarkeit und Barrierefreiheit braucht es auch die Möglichkeit, an
44 Entscheidungen mitwirken zu können. Bisher ist gesetzlich geregelt, dass die (Ober-
45)Bürgermeister:innen und Landrät:innen bestimmen, wann eine Gremiensitzung
46 stattfindet. Dieses Recht sollte den Gemeinde- und Stadträten sowie den Kreistagen
47 ebenso zustehen, um zu entscheiden, an welchen Wochentagen und zu welchen Uhrzeiten
48 die Gremiensitzungen beginnen. Hierdurch wird nicht nur das Ehrenamt in seiner Arbeit
49 ermöglicht, sondern insbesondere auch die Teilhabe von Frauen in der ehrenamtlichen
50 kommunalpolitischen Mitarbeit gestärkt. Es ist nach wie vor Lebenswirklichkeit, dass
51 Frauen überproportional bei der Kinderbetreuung, dem Haushalt und der Pflege von
52 Angehörigen beansprucht werden. Hier stehen die Kommunen auch in der Verantwortung,
53 den erhöhten organisatorischen und finanziellen Mehraufwand den Frauen und Familien
54 tragen, auszugleichen. Das betrifft beispielsweise Alleinerziehende, die am
55 Wochenende nicht einfach so zu einem kommunalen Festempfang gehen und Kontakte
56 knüpfen oder sich kommunalpolitisch weiterbilden können, weil die Kinderbetreuung
57 unmöglich ist. Wer sich dann eine Betreuung einkauft, muss dafür die Kosten von der
58 Kommune erstattet bekommen. Gleiches gilt für Kommunalpolitiker:innen, die Angehörige
59 betreuen und pflegen. **Gleichstellung muss in der Kommunalpolitik verankert sein!**

60 Es ist ein politischer Achtungserfolg, dass es der rot-rot-grünen Koalition in
61 Thüringen gelungen ist, die Fragestunde für Einwohner:innen in den Gemeinden und
62 Städten zur Pflicht zu machen. In einzelnen Landkreisen ist die Fragestunde für
63 Einwohner:innen ein freiwilliges Angebot. Damit können kommunalpolitische Anliegen
64 öffentlich gemacht werden. Ein weiterer Schritt zur Beteiligung von Menschen ist,
65 ihnen auch das Rederecht in den Sitzungen einzuräumen. Kommunalpolitik ist für uns
66 mehr als eine "Schaufensterdemokratie". **Wir wollen uns dafür einsetzen, dass vor Ort**
67 **Regelungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass Einwohner:innen auch während**
68 **der Gremiensitzungen ein Rederecht erhalten.**

69 Die Ausschussarbeit muss noch transparenter werden. Hierzu hat Rot-Rot-Grün die
70 gesetzlichen Regelungen bereits geschaffen und die Möglichkeit von öffentlich
71 tagenden Ausschüssen eingeräumt – und zwar auch dann, wenn die Ausschüsse nur
72 vorberatend tätig sind. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Argumente für
73 oder gegen eine Entscheidung oder Änderungen am ursprünglichen Beschlusstext
74 nachvollzogen werden können. Politische Entscheidungen haben immer eine öffentliche
75 Relevanz. Deshalb müssen auch deren Entscheidungswege immer öffentlich sein. **Wir**
76 **setzen uns deshalb vor Ort dafür ein, dass alle Ausschüsse öffentlich tagen.**

77 Besonders bedeutsam ist dies für die Beratung zu den kommunalen Haushalten. Die
78 Gemeinde - und Stadträte sowie die Kreistage entscheiden darüber, nach welchen
79 Kriterien die öffentlichen Mittel verausgabt werden sollen. Hier gilt es für uns, die
80 Weichen der kommunalen Haushaltspolitik in enger Abstimmung mit den Einwohner:innen
81 zu stellen. Vielfach gibt es bereits gute Erfahrungen mit Beteiligungshaushalten.
82 Klar, nicht jeder Vorschlag wird umgesetzt werden können. Aber bereits die Diskussion
83 mit den Einwohner:innen darüber, wofür die Mittel der Gemeinde, der Stadt oder des

84 Kreises ausgegeben werden sollen, führt zu Verständnis und Nachvollziehbarkeit, auch
85 bei manch harter Entscheidung. Haushaltspolitik ist die Entscheidung vor Ort, für den
86 Ort, für das Dorf, für die Stadt, den Kreis, ganz nah und mit Wirkung. Letztlich
87 können alle Beteiligten des Prozesses durch gegenseitiges Zuhören voneinander lernen
88 und Politik hat die Möglichkeit, Vertrauen zurückzugewinnen. **Deshalb wollen wir vor**
89 **Ort neue Formen der Beteiligung beim Kommunalhaushalt einführen und bestehende**
90 **Instrumente weiter ausbauen.**

91 Nach unserem Verständnis müssen in einer Demokratie die Menschen in der Kommune das
92 letzte Wort haben können. Sofern einzelne Entscheidungen auf keine Akzeptanz bei den
93 Betroffenen stoßen, haben sie die Möglichkeit, die Beschlusslage im Rahmen eines
94 Bürger:innenentscheides neu zur Abstimmung durch die Allgemeinheit zu stellen. Dafür
95 muss man wissen, worum es geht und welche Möglichkeiten bestehen. Das ist nicht für
96 alle eine Selbstverständlichkeit und erfordert Wissen und unterstützende Beratung, um
97 die Beteiligungsinstrumente nutzen zu können. **Wir streben an, dass die kommunale**
98 **Verwaltung diesen Prozess zum Bürgerentscheid nicht nur passiv begleitet und die**
99 **Rechtskonformität überwacht, sondern aktiv die Einwohner:innen berät, wenn diese sich**
100 **auf den Weg machen und die politische Teilhabe mit Leben erfüllen.**

101 Wir sind davon überzeugt, dass Verwaltung für die Menschen da ist. Für die
102 Einwohner:innen ist es meist unerheblich, welche Stelle im Rathaus, Landratsamt oder
103 einer Einrichtung von Bund und Land konkret zuständig ist. Die Menschen haben ein
104 Anliegen, das es zu beantworten, zu bearbeiten und zu lösen gilt. Gute öffentliche
105 Verwaltung heißt für uns, dass es eine zentrale Anlaufstelle vor Ort gibt, wo die
106 Menschen ihre Anliegen vortragen können. Dort erhalten Bürger:innen eine erste
107 Beratung, wie ihrem Anliegen entsprochen werden könnte. Der weitere Verwaltungsweg,
108 Anträge und andere Notwendigkeiten werden von dort organisiert. Dies bedarf einer
109 guten Vernetzung der Behörden auf Kreis- aber auch auf Landesebene. **Die erste**
110 **zentrale Anlaufstelle wollen wir als Service-Büro für Bürger:innen verstehen, welches**
111 **als Netz über alle Kommunen in Thüringen gespannt ist.**

112 Auch die Kommunen müssen die Zukunftsaufgaben anpacken und als Teil eines
113 gesamtgesellschaftlichen Netzwerkes ihren Beitrag zur Lösung der Herausforderungen
114 erfüllen. **Die Fragen eines zukunftsfähigen Mobilitätskonzeptes für Thüringen werden**
115 **wir nicht ohne die Kommunen beantworten können.** Wir sprechen uns dafür aus, dass der
116 öffentliche Personennahverkehr, egal ob Bus oder Bahn, für alle Menschen attraktiv
117 sein muss. Das bedeutet vor allem kostengünstig, fahrscheinfrei und ein Angebot, das
118 die Bedürfnisse im Alltag erfüllt. Bus- und Bahnfahren in den Städten und über Land
119 sollen den modernen Ansprüchen genügen. Hierzu muss die Attraktivität durch eine
120 Verdichtung der Netze, gute Taktzeiten und eine Verknüpfung mit möglichst geringen
121 Wartezeiten angestrebt werden. Vor allem die Innenstädte müssen vom zunehmenden
122 Autoverkehr entlastet werden. Das Parken auf dem Marktplatz darf nicht billiger sein
123 als die Fahrt mit dem Bus vom Parkplatz am Rand der Kommune in das Stadtzentrum.

124 Eine kommunale Verkehrspolitik ist noch viel mehr. Andere Kommunen haben es
125 vorgemacht. Öffentliche Räume den parkenden oder fahrenden Fahrzeugen wieder zu
126 entziehen, diesen Raum für die Menschen zurückzugewinnen und mit Leben zu erfüllen,
127 ist möglich und nicht nur in Großstädten machbar. Begrünte Städte sind kühler in
128 einer sich erwärmenden Umwelt. Lebensqualität, Mobilität für alle und eine
129 Verkehrsplanung, die auch Radfahrende mitdenkt, sind kein Widerspruch. Schauen wir

130 uns die Stadtplanung in vielen Plattenbaugebieten mit Grünanlagen und Schattenplätzen
131 an, werden wir das Konzept bereits dort finden. **Kommunale Klimapolitik kann einen**
132 **wichtigen Beitrag leisten, die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.** Hitzeschutz in
133 den Städten ist gelebte Gesundheitspolitik in der Kommune. Eine weitere Aufheizung
134 und Austrocknung der urbanen Lebensräume müssen wir verhindern. Hierzu müssen wir die
135 Klimapolitik vor Ort auch größer denken. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat ein
136 Förderprogramm aufgelegt, damit vor Ort entsprechende Klimaschutzkonzepte erarbeitet
137 werden können. Was genau damit passiert, das ist gelebte Demokratie auf kommunaler
138 Ebene. **Wir sprechen uns dafür aus, dass diese Klimaschutzkonzepte auch unter**
139 **Beteiligung der Einwohner:innen erstellt und weiterentwickelt werden.**

140 Vor allem in den stärker verdichteten Innenstädten muss die zentrale Wärmeversorgung
141 eine größere Rolle spielen. Es wäre unrealistisch, zu glauben, dass Thüringer
142 Kommunen bei einer immer stärker vernetzten und voneinander abhängigen Welt
143 ausgerechnet bei der Wärmeversorgung fast ausschließlich auf individuelle Lösungen
144 der Wärmeversorgung setzen könnten. Diejenigen, die bisher auf ihre eigene
145 Wärmeversorgung mit Öl oder Gas gesetzt haben, müssen bei diesen
146 Veränderungsprozessen mitgenommen werden. Beteiligung ist die beste Form, um
147 Akzeptanz für den Klima- und Umweltschutz im Dorf und der Stadt zu schaffen. **Wir**
148 **setzen uns vor Ort dafür ein, dass Beiräte geschaffen werden, die die Verwaltungen**
149 **bei der Gestaltung in der kommunalen Klimapolitik begleiten.**

150 Auch als Begegnungsraum für Menschen müssen die Kommunen wiederentdeckt werden. Eine
151 Belebung der Innenstädte sehen wir nicht in erster Linie aus ökonomischer Sicht, dass
152 alle Verkaufsläden in den Fußgängerzonen auch auf Kosten der Allgemeinheit
153 offenbleiben. Vielmehr wollen wir diese Räume dafür nutzen, uns Gedanken über das
154 menschliche Zusammenleben vor Ort zu machen. **Die Plätze in unseren Dörfern und**
155 **Städten sollen Begegnungsraum für Menschen unterschiedlichen Alters,**
156 **unterschiedlicher Kulturen und unterschiedlicher Erfahrungen sein.** Es können dadurch
157 neue Freiräume der Kreativität entstehen, wo sich Menschen ganz neu entdecken und
158 entfalten sowie Orte der Kommunikation entstehen. Wir wollen vor Ort Möglichkeiten
159 der Begegnung von Menschen schaffen, die sich sonst womöglich nie begegnet wären. Das
160 stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft ganz neue Formen der Identifizierung mit
161 der Kommune.

162 Diese neuen Formen der kommunalen Gemeinschaft wollen wir durch eine Stärkung der
163 ehrenamtlichen Arbeit unterstützen. Als LINKE lehnen wir es ab, dass sich die
164 öffentliche Hand aus wichtigen Bereichen zurückzieht, mit dem Vertrauen darauf, dass
165 ehrenamtliche Kräfte die Arbeit anschließend übernehmen. Deshalb ist es wichtig, dass
166 unter rot-rot-grüner Verantwortung in Thüringen die Anerkennungskultur für
167 Ehrenamtliche gestärkt und das Netz an Beratungs- und Koordinierungsstellen für
168 Freiwilligenarbeit mit hauptamtlichen Strukturen ausgebaut wurden und werden. Das
169 Landesprogramm für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen ist hierfür der
170 deutlichste Ausdruck. Wir wollen erreichen, dass diese Angebote in allen Landesteilen
171 die Lebensqualität der Menschen erhöhen. Wir streiten dafür, dass diejenigen die ihre
172 Zeit für andere im Ehrenamt zur Verfügung stellen, etwas zurückbekommen.
173 Ehrenamtskarten zur kostenfreien Nutzung von Bus und Bahn oder andere
174 Unterstützungsmöglichkeiten wollen wir dazu im Ort auf den Weg bringen. **Wir setzen**
175 **uns dafür ein, dass auch mit eigenen kommunalen Mitteln die Arbeit der Ehrenamtlichen**

176 **besser unterstützt wird.**

177 Unter rot-rot-grüner Regierungsverantwortung wurde das Landesprogramm AGATHE auf den
178 Weg gebracht, mit dem älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
179 ermöglicht wird. Eine örtliche Gemeinschaft, das sind wir alle, in jedem Alter, in
180 jeder Lebenssituation. Wir alle haben etwas beizutragen zum vielfältigen "Wir" vor
181 Ort. Manchmal geben wir Unterstützung, manchmal brauchen wir welche. Dieser
182 Verantwortung dürfen sich heute die Kommunen nicht entledigen. Es ist unsere Aufgabe
183 als LINKE, darauf zu achten, dass es unseren Nachbarn gut geht. **Wir setzen uns dafür**
184 **ein, dass das Programm AGATHE flächendeckend in Thüringen einen Beitrag leistet, dass**
185 **kein Mensch allein bleiben muss.**

186 Dazu gehört auch, dass wir die medizinische Versorgung vor Ort in hoher Qualität
187 sicherstellen wollen. Nach unserer Überzeugung haben alle bestehenden Krankenhäuser
188 eine Existenzberechtigung. Sie erfüllen einen öffentlichen Auftrag. Auch wenn sich
189 hier exemplarisch zeigt, dass die Privatisierungen öffentlicher Aufgaben in den
190 zurückliegenden 30 Jahren falsch gewesen sind, stellen wir keine medizinische
191 Einrichtung zur Diskussion. Deshalb war es richtig, dass unter maßgeblicher LINKER
192 Beteiligung das Gesetz geändert wurde, um die regionalen Krankenhäuser auch über
193 Kreisgrenzen hinweg zu stärken und das Netz an Medizinischen Versorgungszentren
194 weiter auszubauen. Damit leisten wir zum Teil auch einen Beitrag zur Re-
195 Kommunalisierung des Gesundheitswesens. Versorgungszentren in kommunaler Hand,
196 Pflegestützpunkte oder Gesundheitskioske sind wichtige Säulen für eine kommunale
197 Gesundheitspolitik, die allen zugänglich ist. **Vor Ort wollen wir uns dafür**
198 **einsetzen, diese gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Stärkung der medizinischen**
199 **Versorgung konkret mit Leben zu erfüllen.**

200 Als Thüringer LINKE stehen wir dafür ein, dass alle Angelegenheiten der örtlichen
201 Gemeinschaft in den Kommunen partnerschaftlich geregelt werden. Das bedeutet für uns,
202 die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich alle in die Prozesse vor Ort einbringen
203 können. Politische Entscheidungen werden zuerst in der Kommune erlebbar. Deshalb
204 müssen die demokratischen Mitwirkungsprozesse ausgebaut werden. Wer die notwendigen
205 politischen Schritte ohne die Menschen geht, darf sich schließlich nicht wundern,
206 wenn sich Menschen von der Demokratie zurückgelassen fühlen. **Wir als DIE LINKE vor**
207 **Ort sind die Garantie für Thüringer Kommunen mit einer Zukunft für alle:**
208 **Demokratisch, vielfältig und lebendig!**